

Aus der Zentrale von IN VIA

IN VIA Online-Fachtagung Empowerment am 20.06.2023

Von 9.00 bis 12.30 Uhr bietet IN VIA Deutschland am 20.06.2023 die Online-Fachtagung „Empowerment: Anspruch an und Herausforderungen für IN VIA“ an. Empowerment ist ein die Menschen aktivierender und Teilhabe fördernder Ansatz, der in der Sozialen Arbeit eine neue Bedeutung gewonnen hat. Vor allem ist Empowerment jedoch ein Ansatz der Selbststärkung und Selbstermächtigung von Menschen. Haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte und Verantwortliche bei IN VIA sind eingeladen, sich in der Tagung mit Empowerment, Aktivierungsprozessen und Strukturen sowie neuen Wegen im Verband auseinanderzusetzen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Nähere Informationen und Anmeldung unter: <https://eveeno.com/empower>.

Elise Bohlen in den Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. gewählt

Im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung vom 24. bis 25. Mai 2023 wählte die [Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit \(BAG KJS\) e. V.](#) einstimmig Elise Bohlen (62) zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden. Der komplettierte Vorstand betonte nach seiner Wahl, die wichtigste Aufgabe sehe er darin, Hoffnungen und Erwartungen junger Menschen ernst zu nehmen, ihre umfassende Beteiligung zu ermöglichen und die soziale Infrastruktur für Jugendliche abzusichern.

„Um die Teilhabe junger Menschen zu gewährleisten, ist die Jugendsozialarbeit unverzichtbar. Sie braucht endlich gesicherte Rahmenbedingungen, um Jugendliche kontinuierlich begleiten zu können“, stellt Elise Bohlen, die neu gewählte stellvertretende Vorsitzende der BAG KJS, klar. Elise Bohlen arbeitet seit 2000 bei IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland, Fachverband im Deutschen Caritasverband (DCV). In der Mitgliederversammlung der BAG KJS und im Vorstand vertritt Bohlen den DCV. Die vollständige Pressemeldung finden Sie im Anhang dieser Nachrichten.

Neue Ausgabe der DREIZEHN „Ausbildung garantiert“

Mit dem „Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung“ soll die „Ausbildungsgarantie“ auch in Deutschland wahr werden. Diese DREIZEHN beschäftigt sich mit der geplanten Ausbildungsgarantie, die mit einem Referent*innenentwurf im Dezember 2022 eingeleitet und einem Kabinettsentwurf Ende März 2023 weitergedacht wurde. Wie kann eine Ausbildungsgarantie aussehen? Die meisten Autor*innen sind sich einig, dass sie inklusiv und niedrigschwellig sein sollte. Sie soll das Ziel haben, allen jungen Menschen den Zugang zu einer qualifizierten beruflichen Ausbildung zu verschaffen. Mareike Krebs und Susanne Nowak von IN VIA Deutschland beleuchten das Thema in ihrem Beitrag „Die Ausbildungsgarantie inklusiv gestalten“. Mehr unter jugendsozialarbeit.de/fachzeitschrift-dreizehn/ausgabe-29/.

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Freiburg

Offener Brief an Erzbischof Burger im Kontext des Berichts der unabhängigen Arbeitsgruppe „Machtstrukturen und Aktenanalyse“

Der IN VIA Diözesanverband Freiburg hat einen offenen Brief an den Erzbischof der Diözese Freiburg geschrieben. Anlass ist die Veröffentlichung der Arbeitsgruppe „Machtstrukturen und Aktenanalyse“, die in der Erzdiözese Freiburg eingesetzt war. Auszüge aus dem Brief: „In unseren Einrichtungen, Angeboten und Projekten werden alle Mitarbeiter*innen und Ehrenamtlichen seit Jahren zum Thema Anvertrauensschutz geschult und für grenzachtendes Verhalten sensibilisiert. Die Veröffentlichung des Abschlussberichts „Machtstrukturen und Aktenanalyse“ hat viele unserer Mitarbeiter*innen – von der Führungskraft bis zur Projektmitarbeiter*in zutiefst betroffen und wütend gemacht und lässt zum wiederholten Male, weiterhin und schon jahrelang an der Institution Kirche zweifeln. (...) Über Jahrzehnte wurden Täter geschützt und Schutzbefohlenen wurde Gewalt angetan. Ihnen wurde kein Glauben geschenkt und sie wurden verhöhnt und ignoriert. Menschen wurden an der Tür-

schwelle der Kirche mit der Bitte um Hilfe abgewiesen. Dies ist untragbar, unchristlich und menschenverachtend und wir distanzieren uns davon mit einem starken, geschlossenen „Nein“ gegen jegliche Art von Gewalt und Missbrauch und dessen Vertuschung. (...) Es ist Ihr Auftrag, sehr geehrter Herr Burger, schnell und klar den Forderungen des Betroffenenbeirats zu folgen, die wir unterstützen möchten. (...) Wir erwarten, dass innerhalb der Erzdiözese Freiburg klare Reformen umgesetzt und transparent gemacht werden, die Machtmissbrauch verhindern.“ Der offene Brief in voller Länge <https://www.invia-freiburg.de/>.

Kirche & Gesellschaft

Wie Gott uns schuf - nach dem Coming Out

Anfang 2022 wagten 100 katholische Gläubige in einer ARD-Dokumentation ihr Coming Out. Im zweiten Teil der Dokumentation berichten sie darüber, wie es ihnen nach dem Outing ergangen ist und was sich bei ihnen verändert hat. Gezeigt wird auch, wo die katholische Kirche sich bewegt hat – und wo nicht. Die Dokumentation ist zu sehen unter: <https://t1p.de/da51o>. Ergänzend wurde ein Interview mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Georg Bätzing geführt, der ausführt, welchen Einfluss das Coming Out auf die Kirche hat: <https://t1p.de/kwo8x>.

Landessozialgericht (LSG) Nordrhein-Westfalen: Vergabeverfahren zur Erbringung von Eingliederungshilfe an Düsseldorfer Schulen unzulässig

Im Jahr 2016 führte die beklagte Stadt Düsseldorf als Trägerin der Eingliederungshilfe ein öffentliches Vergabeverfahren zur Erbringung von Schulbegleitungen für Kinder mit Behinderung durch. Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch auf solche Leistungen, um ihnen eine erfolgreiche Teilnahme am Schulunterricht zu ermöglichen. Den Zuschlag im Ausschreibungsverfahren erhielten zwei Wettbewerber, die von 2016 bis 2021 die Leistungen erbringen durften. Die Kläger, u.a. der Caritasverband Düsseldorf, hatten bis dahin selbst Schulbegleitungen in Düsseldorf auf Grundlage von Verträgen mit der Beklagten geleistet. Sie waren nach der Zuschlagserteilung faktisch von weiteren Schulbegleitungen im Zuständigkeitsbereich der Beklagten ausgeschlossen. Laut Gericht verstoße die Ausschreibung gegen Vorgaben des Sozialgesetzbuchs (XII), insbesondere gegen den Grundsatz der pluralen Angebots- und Trägervielfalt und das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten. Dieses werde in unzulässiger Weise beschnitten, wenn die Auswahl der Leistungserbringer auf wenige Ausschreibungsgewinner reduziert und den leistungsberechtigten Kindern bzw. ihren Eltern kein Entscheidungsspielraum mehr belassen werde, welche Schulbegleiter*innen sie auswählen.

Ausbildung & Qualifizierung

Bertelsmann Stiftung: Vergleich der Bundesländer - Schulische Berufsausbildung gewinnt an Bedeutung

Gegen den Trend der insgesamt rückläufigen Ausbildungszahlen in Deutschland beginnen in vielen Bundesländern mehr junge Menschen eine schulische Berufsausbildung. Dabei zeigen sich – ähnlich wie bei den dualen Ausbildungsverhältnissen – teils deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Die gemeinsame Herausforderung besteht darin, insgesamt mehr junge Menschen in Ausbildung zu bringen([weiterlesen](#)).

Beratungsleitfaden für eine klischeefreie Berufsorientierung

Der [Leitfaden des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung](#) (f-bb) richtet sich an alle, die Jugendliche, Lehrkräfte, Eltern und Betriebe im Kontext der Berufsorientierung informieren und beraten. Dabei wird ganzheitlich insbesondere auf die Möglichkeiten und Anforderungen einer klischeefreien und entdeckenden Berufsorientierung eingegangen. Der Leitfaden bietet Fakten, Erfahrungen, Tipps und Tricks sowie eine Linkliste zu Materialien und Beratungsangeboten.

Bildung

Neue Studie zur Situation von Schulen im Brennpunkt

Die Wübben Stiftung Bildung hat die Studie „Schulen im Brennpunkt 2023“ veröffentlicht. Schulleitungen aus vier Bundesländern (Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) wurden zur aktuellen Situation und Herausforderungen an ihren Schulen befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem die Voraussetzungen, mit denen die Schülerinnen und Schüler in die Schulen kommen, sowie die Ausstattung entscheidende Faktoren sind, die den Schulalltag herausfordernder machen. Ziel der Befragung ist es, die Situation an Schulen im Brennpunkt systematisch sowie länder- und schulstufenübergreifend zu erfassen. Als Schulen im Brennpunkt wurden in die Auswertung Schulen aufgenommen, in denen entweder mindestens 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine andere Herkunftssprache als Deutsch haben oder mindestens 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen aus Familien kommen, die Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch erhalten. Mehr unter <https://t1p.de/o2aog>.

Bertelsmann Stiftung: Ein Plus für die berufliche Integration von Lehrkräften

Bis vor wenigen Jahren gab es für neu zugewanderte Lehrkräfte kaum Unterstützung auf dem Weg, auch in Deutschland in ihrem Beruf arbeiten zu können. Als ein wichtiger Baustein, um diese Lücke zu schließen, hat sich "Lehrkräfte Plus" erwiesen. Der jetzt veröffentlichte Abschlussbericht zeigt die Vorteile des Programms auf. Seit 2017 bieten die Universitäten Bielefeld und Bochum das von der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Mercator mitinitiierte Programm „Lehrkräfte Plus“ für zugewanderte Lehrerinnen und Lehrer an. Seit 2021 existiert es auch an den Universitäten Duisburg-Essen, Köln und Siegen. Forschende der Universität Potsdam bescheinigen dem Programm im Abschlussbericht nun eine hohe Wirksamkeit: Die Teilnehmenden konnten nicht nur ihr Sprachniveau signifikant erhöhen, sondern fühlten sich auch in ihren Unterrichtskompetenzen gestärkt. Dafür entscheidend waren die von den Universitäten angebotenen Vorbereitungskurse, die Praxisphase an Schulen sowie eine enge Begleitung durch Mentoren und Mentorinnen. Mehr unter <https://t1p.de/6p5g9>.

Mädchen & Frauen

Bewerbungsverhalten von Frauen erklärt erheblichen Teil des Gender Pay Gaps

Eine am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführte Analyse zeigt, dass sich Frauen seltener auf gut bezahlte Stellen bewerben als Männer. Der Frauenanteil im Bewerbungspool von Hochlohnbetrieben betrage im Mittel 36 %, obwohl das Einstellungsverhalten zeige, dass beide Geschlechter im Durchschnitt in etwa die gleiche Chance hätten, ausgewählt zu werden. Zudem gebe es Jobs mit Stellenmerkmalen, die von Betrieben besonders hoch entlohnt, jedoch von Frauen weniger als von Männern akzeptiert würden. Hierzu gehören Flexibilitätsanforderungen wie Überstunden, Dienstreisen oder wechselnde Arbeitsorte. Bei solchen Stellen liege der Anteil der Frauen unter den Bewerber*innen bei nur 30 %. Grund hierfür sei, dass Frauen im Durchschnitt mehr Sorgearbeit als Männer übernähmen. Betriebe werden aufgefordert, ihre Flexibilitätsanforderungen zu überdenken. Zudem müssten die Kinderbetreuungsmöglichkeiten verbessert werden. Mehr unter <https://t1p.de/rbmog>.

Kritik zu Eckpunkten zum Gesetz gegen digitale Gewalt

Der deutsche Juristinnenbund e.V. hat eine Stellungnahme zum Eckpunktepapier für ein Gesetz gegen digitale Gewalt veröffentlicht. Der Juristinnenbund hebt hervor, dass digitale Gewalt eine Geschlechterdimension hat und Frauen besonders von Hatespeech und Verletzungen des Rechts am eigenen Bild und/oder der sexuellen Selbstbestimmung betroffen sind. Ebenfalls wird unterstrichen, dass die vorgesehenen Maßnahmen weit hinter den Erwartungen und Bedarfen von Betroffenen bleiben, da Verbandsklagerechte und Opferschutzmaßnahmen nicht mit aufgenommen wurden. Die Stärkung des privaten Auskunftsverfahrens wird jedoch begrüßt. Mehr unter <https://t1p.de/9591t>.

Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" erhält eine vereinfachte Rufnummer

Das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist ein niedrigschwelliges Angebot, das seit 2013 anonyme, vertrauliche und kostenlose Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen anbie-

tet. Zum 10-jährigen Jubiläum des Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ wird die Rufnummer vereinfacht. Ab dem 01.06.2023 ist das Hilfetelefon in Deutschland unter der Nummer 116 016 rund um die Uhr erreichbar. Auch die bisherige Nummer 08000 116 016 bleibt für mindestens ein Jahr parallel erreichbar. Mehr unter <https://t1p.de/oxpry>.

Den Jahresbericht und die Jubiläumsbroschüre des Hilfetelefons finden Sie unter: <https://t1p.de/m14qy>.

Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention

Die EU-Außenminister*innen haben den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention beschlossen, nachdem das Europäische Parlament bereits am 10. Mai 2023 dem Beitritt mit großer Mehrheit zugestimmt hatte. Das Europäische Gericht bestätigte im Oktober 2021 in einem Gutachten, dass die Europäische Union der Konvention auch ohne die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten beitreten kann und machte somit den Weg für einen europäischen Rechtsrahmen frei. Die Istanbul-Konvention ist ein Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und stellt als völkerrechtlicher Vertrag das erste rechtsverbindliche internationale Instrument dar. Mehr unter <https://t1p.de/hjoy0>.

Migration & Integration

Bericht zur Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger

Das BMFSFJ hat den Bericht zur Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger veröffentlicht. Zentrale Befunde sind, dass die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen seit 2021 wieder zunimmt und Länder und Verbände durch die erhöhte Zuzugszahl Herausforderungen in Bezug auf Unterbringung und Betreuung durch Fachkräfte sehen. Ebenfalls wurde thematisiert, dass die Corona-Pandemie erschwerte Bedingungen für die Integration von unbegleiteten Minderjährigen schuf. Mehr unter <https://t1p.de/2ehv7>.

Die Erwerbschancen geflüchteter Frauen steigen langsam, aber stetig

Die Erwerbsbeteiligung geflüchteter Frauen in Deutschland steigt langsam, liegt aber weiter auf einem niedrigen Niveau, lautet das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW). Demnach seien 2017 nur 5 % und 2020 bereits 13 % der durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und das Sozioökonomische Panel von 2013 bis 2019 befragten geflüchteten Frauen einer bezahlten Beschäftigung nachgegangen. Bremsfaktoren seien das vergleichsweise geringere Bildungsniveau der Frauen, traditionelle Geschlechterrollen und mangelnde Deutschkenntnisse. Geflüchtete Frauen könnten u.a. aufgrund fehlender Betreuungsangebote für ihre Kinder z.B. Sprachkurse oft nicht nutzen. Voraussetzung für eine verstärkte Arbeitsaufnahme der Frauen sei der Ausbau bestehender Integrations- und Sprachprogramme, die zudem mehr auf die Bedürfnisse der Frauen zugeschnitten werden und etwa Betreuungsmöglichkeiten für Kinder stärker berücksichtigen müssten. Mehr unter <https://t1p.de/r7nid>.

Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung

Der Bundesrat hat der vorgeschlagenen Verordnung zugestimmt, die besagt, dass aus der Ukraine flüchtende Personen bei einer Einreise bis zum 04.03.2024 ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Einreise in das Bundesgebiet für 90 Tage vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind. Die Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung tritt dann am 02.06.2024 außer Kraft. Mehr unter <https://t1p.de/sizj0>.

Bahnhofsmission

Projekt „Digital Dabei sein“ Auswahl-Pitch

Leistungsangebote der Sozial- und Gesundheitsversorgung, kulturelle und politische Informationen und Prozesse verlagern sich stärker ins Digitale. Deshalb gestaltet sich der Zugang für Menschen ohne Technik/Hardware und Anwendungskenntnisse zunehmend schwierig, wodurch sog. „digitale Analphabet*innen“ nachhaltig in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe begrenzt werden. Viele Bahnhofsmissionen befassen sich deshalb damit, digitale Zugänge für ältere und sozial benachteiligte Menschen zu schaffen.

Im Rahmen eines zweijährigen Förderprojekts der Deutsche Bahn Stiftung wurden nun bis zu fünf Standorte gesucht, die Ansätze guter Praxis der digitalen Teilhabe entwickeln, erproben, gemeinsam auswerten und mit anderen Bahnhofsmissionen teilen. Je Modellprojekt steht ein Fördervolumen von bis zu 30.000 € pro Jahr, bei einer Laufzeit von zwei Jahren also maximal 60.000 €, zur Verfügung. Im Rahmen der Ausschreibung des Projekts "Digital Dabei sein" der Deutschen Bahn Stiftung wurden Anfang Juni zehn Bahnhofsmissionen zum „pitch“ in die DB mind box an der Jannowitzbrücke in Berlin eingeladen, um ihre Projektideen zu präsentieren. Mit dabei waren auch 5 IN VIA Standorte. Eine Jury aus Vertreter*innen von Wissenschaft, Technik, Caritas, Diakonie und Deutsche Bahn Stiftung hatte die nicht ganz einfache Aufgabe, aus den 10 tollen Projekten 5 auszuwählen: Ihre Entscheidung fiel auf die Bahnhofsmissionen Berlin Hbf, Gütersloh, Leipzig, Lindau und Münster. Dort werden nun in den kommenden beiden Jahren Pilotprojekte zu verschiedenen Themen durchgeführt, deren Erkenntnisse und Erfahrungen sie mit anderen interessierten Bahnhofsmissionen teilen werden.

Caritaskampagne "Klimaschutz, der allen nutzt"

Die Klimawende braucht eine Verkehrswende. Ein Ausbau des Öffentlichen Verkehrs bringt dabei viele Chancen der Verbesserung sozialer Teilhabe gerade für Menschen mit wenig Geld. Schon jetzt bieten Bahnhofsmissionen vielerlei Unterstützung, damit z. B. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen mobil sein können. Deshalb ist die Kampagne des DCV für das Jahr 2023 "Für einen Klimaschutz, der allen nutzt" auch ein Thema für die Bahnhofsmission. Die Bundesgeschäftsstelle sucht Bahnhofsmissionen, die die Kampagne nutzen und sich an Aktionen am Bahnhof beteiligen wollen. Interessierte setzen sich mit der Bundesgeschäftsführerin in Verbindung: gisela.sauter-ackermann@bahnhofsmission.de.

Neue Programme & Projektausschreibungen

Förderprogramm „TransformD“

Die Zeit ist geprägt von tiefgreifenden Veränderungsprozessen – vom digitalen Wandel über die ökologische Transformation bis hin zu Herausforderungen beim gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Zivilgesellschaft hat schon immer schnell und unbürokratisch auf Problemlagen reagieren können. Damit dies weiterhin gelingt, möchte die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) mit dem Förderprogramm „TransformD“ Engagierte in Deutschland dabei unterstützen, diesen Wandel aktiv mitzugestalten. Es sollen sowohl neue, innovative Projekte gefördert als auch bereits bewährte Angebote bei der Übertragung auf neue Standorte und bei der Einbeziehung neuer Zielgruppen unterstützt werden. Die Förderung beträgt 20.000 Euro bis 100.000 Euro, bei einer Eigenbeteiligung an den geförderten Gesamtkosten von mindestens 10 Prozent. Mehr unter: <https://t1p.de/plu84>.

Literatur & Webtipps

Institut für Arbeitsmarktforschung und Berufsbildung (IAB): Inklusion in der Arbeitswelt

Menschen mit Behinderungen stoßen immer noch auf viele Barrieren. Das gilt auch und insbesondere für den Arbeitsmarkt. Inklusion in der Arbeitswelt meint dabei weit mehr als den barrierefreien Zugang zum Arbeitsplatz. Wie stellt sich die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit (Schwer-)Behinderung dar? Wie können Unternehmen inklusiver werden? Wie lässt sich die Integration psychisch kranker Menschen in Beschäftigung verbessern? Wie hat sich die berufliche Rehabilitation in Zeiten der Covid-19-Pandemie entwickelt? Zu diesen und anderen Fragen rund um das Thema "Inklusion in der Arbeitswelt" hat das IAB Publikationen und Projekte des IAB zusammengestellt. Mehr unter <https://t1p.de/vrzep>

Termine & Tagungen

Datenschutzkonforme Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen: Online-Workshop am 27.06.2023

Was ist in der digitalen Jugendsozialarbeit bzw. Kinder- und Jugendarbeit im Hinblick auf Datenschutz zu beachten? Wie gelingt die datenschutzkonforme Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen? Um diese Fragen geht es am 27. Juni von 10 Uhr bis 12.30 Uhr im Workshop „Klarheit bei rechtlichen Fragen in der Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen“. Der Workshop verschafft einen Überblick und behält dabei die pädagogische Arbeit im Fokus. Mit interessanten Fallbeispielen

wird das Thema Datenschutz zugänglich gemacht und gemeinsam erarbeitet. Referentin ist Chantal Licht, Expertin für digitale Jugendarbeit, Multiplikatorin für Medienpädagogik sowie IDG- und Future Skill-Trainerin. Organisiert wird die kostenfreie Veranstaltung von jugend@bw, dem neuen Projektbüro für digitale Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Grundsätzlich können Interessierte aus allen Bundesländern teilnehmen, jedoch haben Teilnehmende aus Baden-Württemberg Vorrang. Anmeldung unter https://eveeno.com/datenschutz_jugend_bw

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- **Personalwirtschaft für Führungskräfte vom 20. Juli 2023 bis 22. Juli 2023** Gut aufgestelltes Personalmanagement ist ein Schlüssel zum Erfolg in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens, in dem Mitarbeiter*innen eine wertvolle Ressource sind und nicht (nur) kostenintensiver Faktor. Führungsverantwortliche mit Grundlagenwissen über Personalwirtschaft kennen die Aufgaben und Schnittstellen, die in Zeiten des Fachkräftemangels wichtig sind, um in Zusammenarbeit mit der Verwaltung gutes Personal zu finden und zu binden. Mehr unter <https://t1p.de/o2mid>

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- **Onlineseminar Das 1x1 der Online-Beratung und des Blended Counselings 30.06.2023** Viele Fachkräfte haben sich auf den Weg gemacht, neben der Präsenzberatung auch online zu beraten bzw. bieten im Sinne eines Blended Counselings ein Mix aus unterschiedlichen Kommunikationssettings an. Um diese gezielt in der Praxis einsetzen zu können, bedarf es einerseits eines Basiswissens zum Umgang mit textbasierter Beratung, andererseits ein Grundverständnis zum Blended Counseling. Um Ihnen als Berater*in in ihrer Praxis sicheres Handeln zu ermöglichen, lernen Sie in diesem Seminar etwas über die Unterschiede und Wirkungen zwischen analoger und textbasierter Beratung. Mehr unter <http://www.caritas-akademie.de/XTZJ6>

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



Frauen helfen Mädchen und jungen Frauen aus der Coronakrise
www.women4youth.de

IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Elise Bohlen/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.06.2023
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de